Luftfahrt

Weniger Entschädigungen

Die Bundesregierung schaut bislang tatenlos zu, wie die Rechte von Flugpassagieren bei Verspätungen ausgehöhlt werden sollen. Der Entwurf einer entsprechenden Regelung des EU-Verkehrsministerrats sieht vor, technische Defekte künftig als „unerwarteten Flugsicherheitsmangel“ zu betrachten. Verzögert sich der Abflug oder muss die Maschine außer Plan zwischenlanden, dann braucht die Airline nur nachzuweisen, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Wartungen am Flugzeug vorgenommen hat – und schon muss sie den Kunden nicht entschädigen. „Damit wird es den betroffenen Fluggästen praktisch unmöglich gemacht, auf Kompensation zu klagen“, sagt Jan Rameken vom Serviceportal EU-claim. In 90 Prozent der 15 000 Verfahren, die die Firma wegen Verspätungen gegen Fluggesellschaften angestrengt hat, würden diese sich mit Hinweisen auf technische Defekte verteidigen. „Die Bundesregierung, die die Rechte der Flugpassagiere eigentlich ausbauen will, hat bislang nichts gegen diesen Entwurf der EU unternommen“, kritisiert Rameken. gt

Europa

„Putin ist klug genug“

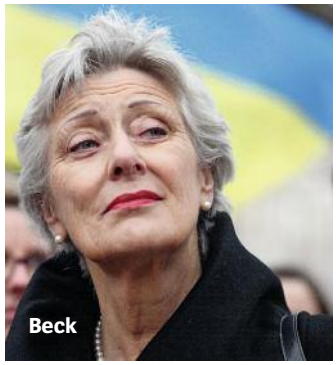
Energiekommissar **Günther Oettinger,** 60, über das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland

SPIEGEL: Die Ukraine-Krise führt der EU die Abhängigkeit von russischem Gas vor Augen. Macht Europa die falsche Energiepolitik?
Oettinger: Die Ukraine-Krise hat gezeigt, dass wir dringend eine gemeinsame Energieaußenpolitik und eine europäische Energieinfrastruktur brauchen. Es darf nicht sein, dass man immer nur in Zeiten der Krise handlungsfähig ist.
SPIEGEL: Sechs EU-Staaten sind zu 100 Prozent von Gaslieferungen aus Russland abhängig. Ist Europa erpressbar?
Oettinger: Die russischen Partner sind kurzfristig am längeren Hebel. Aber wenn sie das Vertrauen verspielen, können und werden wir die Abhängigkeit von Gas aus Russland im nächsten Jahrzehnt maximal reduzieren. Putin ist klug genug, nicht den besten Gasmarkt der Welt kurzfristig als politischen Hebel zu benutzen – und ihn mittelfristig zu verlieren.
SPIEGEL: Der polnische Premier Donald Tusk fordert, dass die EU eine Einkaufsgemeinschaft bildet, um gegenüber dem russischen Energieriesen Gazprom eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen.
Oettinger: Wir prüfen gerade, ob das rechtlich machbar ist, und werden dem Europäischen Rat das Pro und Kontra darlegen. Im Idealfall werden marktwirtschaftliche Kräfte mittel- bis langfristig dafür sorgen, dass sich die Gaspreise in der EU angleichen. Eine stärkere Diversifizierung der Energiequellen, der Ausbau der Infrastruktur und die Vollendung des Binnenmarkts tragen dazu bei. Zudem müssen wir von der Öl-Preis-Bindung wegkommen. Das Problem ist: Wir haben geltende Verträge. Man kann Gazprom nicht verübeln, dass sie auf deren Einhaltung pochen. Aber jedes Jahr laufen Verträge aus, da haben wir einen Hebel.
pau, gps

Spionage

Grüne ausgespäht

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck ist Opfer eines Spionageangriffs geworden. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik entdeckte auf dem Computer Becks den sogenannten MiniDuke-Virus. Das Spionageprogramm war im vergangenen Jahr auf Regierungsrechnern in zahlreichen Staaten gefunden worden. Betroffen waren unter anderem die Ukraine, Belgien, Portugal, Rumänien, die Tschechische Republik und Irland. Auch Forschungsinstitute der USA wurden attackiert. Der Computer der Grünen-Politikerin wurde nach Erkenntnissen der Sicherheitsexperten im Februar infiziert. Woher der Angriff kommt, ist unklar. Beck hat sich als scharfe Kritikerin des russischen Präsidenten Wladimir Putin einen Namen gemacht. Am vergangenen Mittwoch hatte das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages über russische Spione in Deutschland beraten. ran


Beck

Bundesnachrichtendienst

Kostenexplosion beim Neubau

Die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Berlin verteuert sich noch einmal erheblich – auf jetzt mehr als eine Milliarde Euro. Mit dem Neubau des rund 260 000 Quadratmeter großen Bürokomplexes an der Berliner Chausseestraße war im Jahr 2006 begonnen worden. Damals hatte der Bauherr, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, die Gesamtkosten auf 720 Millionen Euro veranschlagt. Unter anderem wegen Kündigungen und der Insolvenz mehrerer Baufirmen hatte sich das Projekt verzögert und verteuert. Zuletzt ging der BND von 912 Millionen Euro aus. In einem internen Bericht der Bundesregierung heißt es nun, man rechne mit einer Gesamtsumme von 1034,45 Millionen Euro. Hauptgrund seien „dringend erforderliche Terminsicherungsvereinbarungen mit den ausführenden Firmen“. Es bestünden jedoch „noch weitere Kostenrisiken“, die man gegenwärtig noch nicht beziffern könne. Bislang wird die zusätzliche „Risikovorsorge“ auf bis zu 23 Millionen Euro kalkuliert. jös

FOTOS: NICOLAS ARMER / DPA (L.O.); TOBIAS HASE / DPA (L.M.); THORSTEN STRASAS/DEMOTIX/CORBIS (L.U.); ILLUSTRATION: PETRA DUFKOVA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL (R.)